

Verantwortl. Redakteur: H. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis:
In Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 Mt. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mt.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neblamen 30 Pf.

Deutschland.

Berlin, 19. Oktober. Das Gesetz über die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs ist jetzt lange genug in Kraft, um ein vorläufiges Urtheil über seine Wirkungen abgeben zu können. Es kann nicht geleugnet werden, daß es sich nach den verschiedensten Richtungen als gegenwärtig erwiesen und den schlimmsten Auswüchsen der Konkurrenz ein Ende gemacht hat. Natürlich hat es nicht alle im Handel und Verkehr vorkommenden Unbequemlichkeiten aus der Welt schaffen können, das lag nicht im Sinne der Gesetzgeber und wird auch nie möglich sein. Soviel jedoch ist erreicht, daß man sich überall in Acht nimmt, seine Waaren auf Kosten Anderer zu loben oder die Beklame zu stark auszuheben oder Namen und Firmen zum Zwecke der Täuschung zu benutzen. Auch der Abschnitt über die Wahrung von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen hat sich bewährt. Die Bestimmungen gegen Quantitätsverschleierungen haben bisher nicht wirksam werden können, weil der Bundesrath mit den dazu nötigen Verwaltungsmaßnahmen noch nicht vorgegangen ist. Inwiefern darf auch nicht verkannt werden, daß die Bekämpfung, es würde mit dem Gesetz ein Anreiz zu unbegründeten und leichtfertigen Denunziationen gegeben werden, sich bewährt hat und zwar in weiterem Umfange, als angenommen war. Ist es doch vorgekommen, daß eine Firma einer anderen die Annahmefähigkeit eines Geschäfts hat untersuchen lassen wollen, weil sie selbst ein solches beabsichtigte. Die Gerichte erleben darin die wunderbarsten Dinge, und es ist nur zu wünschen, daß die Geschäftswelt sich mehr als bisher mit dem Geiste des Gesetzes bekannt macht, um sich vor den doch immerhin durch die ungerechtfertigten Denunziationen hervorgerufenen Unannehmlichkeiten zu bewahren. Man giebt sich übrigens der Hoffnung hin, daß nach längerer Sanction des Gesetzes die gerichtliche Praxis auch hier eine Norm schaffen wird, an welche sich die Geschäftswelt gewöhnen wird und welche die allzu zahlreichen, unbegründeten Denunziationen stark vermindern wird.

Die verschiedensten radikalen Blätter behaupten immer, es seien andere Gründe als die Haltung Baierns in Bezug auf den obersten Gerichtshof vorhanden, welche die Vorlegung der Militärstrafgesetzbuch zur gesetzgeberischen Verabreichung verzögerten. Eine Widerlegung solcher Behauptungen würde gegenwärtig keinen Nutzen haben, aber die Zeit wird schon kommen, wo völlig klar wird, daß die Schwierigkeiten lediglich in der Forderung Baierns auf einen besonderen höchsten Gerichtshof liegen, durch welche die vor allem zu erstrebende Einheit der Rechtsprechung in der Armee durchbrochen würde. Bis dahin dürften die Blätter gut thun, sich vorläufiger und unbegründeter Vorwürfe zu enthalten und nicht die Schwierigkeiten auf dem Gebiet sogenannter liberaler Forderungen zu suchen, wo sie gar nicht liegen.

Die „Mit. Pol. Kor.“ schreibt: „In zuständigen Kreisen wird mit nicht geringer Sorge das fortwährende Wachstum der technischen Hochschule in Berlin-Charlottenburg verfolgt. Immer von Neuem macht sich der Anbau von Auditorien und Laboratorien notwendig; außerdem drängen sich namentlich viel ausländische und unter diesen besonders polnische und russische Studierende zu den Vorlesungen, eine Ueberfüllung über die Stühle wird immer schwieriger, der Unterschied der Bildung, womit die Studierenden zu den Vorlesungen kommen, immer größer. Unter diesen Umständen liegt der Gedanke nahe, das Zustromen der nach technischer Ausbildung verlangenden Jugend namentlich von Osten her nach Berlin dadurch bis zu einem gewissen Grade einzudämmen, daß man etwa noch in Danzig eine technische Hochschule errichtet.“

Der ostpreussische landwirtschaftliche Zentralverein hatte an die Regierung, an den Landesparlament und an sämtliche Landräthe seines Bezirks das Gesuch gerichtet, dafür zu sorgen, daß durch Aufstellung einheitlicher Grundstücke und durch Verzicht auf den aus der Arbeit der Strafgefangenen erwachsenden Gewinn die im Interesse des landwirtschaftlichen Betriebes sehr wünschenswerthe Reinigung des Sauglandes durch mechanisches Ausleeren durch Strafgefangene respektive Inassen von Verwundungen, Blöße- und Armenanstalten ermöglicht werde. Der Minister des Innern hat dem Gesuch insofern Folge gegeben, als er sich bereit erklärt hat, den sonst mit 40 Pfennig für den Tag und Kopf berechneten Arbeitslohn für die zur Saureinigung verwendeten älteren und schwächeren Gefangenen auf die Hälfte herabzusetzen.

Zwischen Konservativen und Christlich-Sozialen einerseits und den Antisemiten andererseits hat sich neuerdings wieder eine heftige Polemik entzündet. Die „Streu.“ erklärt in Folge von Wahlstreitigkeiten zwischen Konservativen und Antisemiten:

„Eine Partei, die wiederholt bei Stichwahlen zwischen Konservativen und Liberalen offen auf die Seite der letzteren getreten ist, hat das Recht verweigert, im Namen des Antisemitismus anderen Parteien Vorhaltungen zu machen. In der That wäre es auch um die Sache des Antisemitismus in Deutschland hoffnungslos bestellt, wenn sie nur auf die deutschsozialistische Reformpartei angewiesen wäre.“

Das „Christlich-Sozial.“ „Volk“ hatte den antisemitischen Parteitag in Nordhausen als den „Sieg der sozialen Ideen“ begrüßt und erklärt, daß durch den Parteitag eine wesentliche Annäherung zwischen Christlich-Sozialen und Antisemiten herbeigeführt worden sei. Hierzu erklärte das hiesige Organ der Antisemiten, daß der Parteitag einen durchaus abweichenden Standpunkt zu den christlich-sozialen Arbeiterforderungen eingenommen habe und alle gegenwärtigen Behauptungen, Verdrehungen und Entstellungen seien.

Die „D. Tagesztg.“ mahnt die Wähler mit der Aufstellung von Kandidaturen recht bald vorzugehen, um den „Gegnern“ möglichst den Vorzug abzugewinnen. Unter den Gegnern besteht das Wählerblatt in diesem Falle offenbar die dem Bund der Landwirthe näher stehenden Parteien, in erster Reihe die Konservativen, wie aus folgenden Bemerkungen des Blattes hervorgeht:

„Angesichts der Bedeutung der nächsten Wahlen für die künftige Gestaltung unserer

Wirtschaftspolitik haben die deutschen Landwirthe diesmal eine ganz besondere Veranlassung, rechtzeitig auf dem Plane zu sein. So auch wird es am besten verbleiben, daß die Leitungen der politischen Parteien ungeeignete Kandidaten aufstellen und die Landwirthe damit vor ein fait accompli stellen. Nicht sich der Bund der Landwirthe in den überwiegend ländlichen Wahlkreisen nur zur rechten Zeit, so wird er es fast immer erreichen können, daß diejenigen politischen Parteien, welche ihm nicht von vornherein feindlich gegenüberstehen, solche Kandidaten aufstellen, für welche die Bundesmitglieder bereitwillig und in dem Gefühl, mit dem allgemeinen Interesse auch das Interesse der Landwirtschaft gewahrt zu sehen, ihre Stimmen abgeben können.“

Zu seiner kürzlichen Meldung, wonach in aller nächster Zeit ein neues Gewehrmodell an die Truppen ausgegeben werden sollte, wird dem „Hamb. Kor.“ von anderer, wohlunterrichteter Seite mitgetheilt, daß zur Zeit allerdings, wie immer, Gewehrmodelle verschiedener neuer Konstruktionen bei einzelnen Truppenteilen erprobt werden und daß diese Erprobungen zum Theil ziemlich weit vorgeschritten sind; von einem Abschluß der Erprobungen zu reden, sei aber nicht richtig.

Die Handelskammer zu Aachen hat beschlossen, den Herrn Minister für Handel und Gewerbe zu ersuchen, einen Kommissar zur Prüfung der Frage einer Erweiterung des Handelskammerbezirks nach Aachen zu entsenden. Erst nachdem das Ergebnis dieser Konferenz feststeht, soll über die Frage der zweckmäßigsten statutarischen Regelung des Handelskreises und des Wahlverfahrens entschieden werden.

Die von der „Mit. Pol. Kor.“ gebrachte Nachricht, daß in der Novelle zur Zivilprozessordnung der Kreis der Gegenstände einer Erweiterung erfahre, welche als zum Leben notwendig von der Pfändung ausgeschlossen sein sollen, wird jetzt bestätigt. Es ist namentlich das Verbot der pfändungsfähigen Nutzungsverwaltung, in diesem Punkte energig vorangegangen zu sein und den Anlaß dazu gegeben zu haben, daß eine Fehlleistung in der Zivilprozessordnung beseitigt werde, der das Eingreifen von ungenügenden Erbschaften auf der einen Seite und der nicht am wenigsten zur Vermehrung der Sozialdemokratie beigetragen hat.

Wien, 19. Oktober. Die Kammer der Abgeordneten nahm heute einstimmig einen Antrag Stöckers an, es möchten Erhebungen darüber angestellt werden, ob die Straßen und Wege in dem diesjährigen Manöbergelände ungewöhnlich beschädigt wurden und es möchten, falls ungewöhnliche Beschädigungen erwiesen würden, den betreffenden Gemeinden und Distrikten entsprechende Beiträge zur Wiederherstellung der Wege und Straßen gewährt werden. Im Laufe der Debatte sprachen sich Redner aller Parteien für den Antrag aus. Der Kriegsminister Freiherr von Aich und der Minister des Innern bestritten dagegen den Antrag mit dem Einwelle, daß aus der Annahme des Antrages weitere Konsequenzen entstehen würden. Man könnte dann auch Entschädigung für die Abnutzung der regelmäßig vom Militär benutzten Straßen fordern. Das Naturalleistungsgesetz kenne solche Entschädigungsansprüche nicht. Würde die kaiserliche Regierung darauf eingehen, dann würden im ganzen Reich dieselben Ansprüche erhoben werden. Außerdem würde es schwer sein, jetzt noch durch Erhebungen festzustellen, welche Beschädigungen von den Truppen herrühren. Der Antrag wurde angenommen. Sodann begann die Beratung der Anträge auf Einführung des direkten Wahlrechtes bezug des Proportionalitätens in Bayern. Heute kamen in der Angelegenheit nur die verschiedenen Antragsteller zum Worte. Fortsetzung morgen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 19. Oktober. In einer Besprechung der parlamentarischen Lage konstatirt das „Freidenk.“ das rasche Verkommen der Gerichte über eine Ministerkrise, welche mehr der Sehnsucht verschiedener Parteien, aus ihrer unbehaglichen Lage befreit zu werden, entsprungen seien. Das Blatt begt in Betreff des Schicksals des Ausgleichs-Proporziums mit Ungarn keine Beforgnis, weil keine Partei ihre parlamentarische Strategie und Taktik auf Reichsfragen und Machtfragen des Reiches werde erstrecken wollen, da die bisherigen Erfahrungen gelehrt hätten, daß durch derlei Beginnen die Parteien stets den Anspruch auf Führung verlor. Aber auch nach Erledigung des Proporziums bleibe die schwierige Lage des Parlamentes aufrecht, da die Regierung mit den Reichsstands-Paragrafen nicht ihr Auskommen finden könne, weshalb es die gebieterische Pflicht aller Parteien sei, eine weitere Ausbreitung der verordneten parlamentarischen Lage zu hemmen und die Sprachentrennung muthig vor das Parlament zu bringen, wozu der Antrag Dipauli die Möglichkeit geboten habe. In vielen deutsch-slovenischen und deutsch-nationalen Kreisen beginne das ursprüngliche Mißtrauen gegen den Antrag Dipauli bereits zu weichen. Auch die tschechischen Organe kämen zur Einsicht, daß die gesetzliche Regelung des Reiches nicht mehr abwendbar sei.

Wien, 19. Oktober. Abgeordnetenhaus. Bei Beginn der Sitzung wurden drei namentliche Abstimmungen vorgenommen; als die dritte Abstimmung Beschlußfähigkeit des Hauses ergab, wurde die Sitzung aufgehoben.

Wien, 19. Oktober. Die zwischen Ungarn und Oesterreich schwebenden, gemeinsamen Wirtschaftsangelegenheiten betreffenden Fragen haben in der Presse mehrfach die Meinung gezeitigt, als würde die in der österreichischen Monarchie herrschende Unsicherheit der politischen Zustände den ungarischen Staat zu einer radikalen Verfassungsänderung nötigen, welche ungefähr einer Personalunion Ungarns mit Oesterreich gleichkomme. Dem gegenüber kann ausdrücklich bemerkt werden, daß in ernstzunehmenden ungarischen Kreisen Niemand an die Möglichkeit eines derartigen Umwandels der Verhältnisse denkt. Sollte, was noch immer nicht recht zu glauben ist, das gegenwärtig auf der Tagesordnung befindliche einjährige Ausgleichsproporzium bis 31. Dezember dieses Jahres im österreichischen Reichsrath wegen der dortigen Obstruktion nicht rechtzeitig und auf normalem Wege Gesetzeskraft erlangen können, beziehungsweise sollte sich die Nothwendigkeit

einer die interimsistische Ausgleichsvorlage betreffenden Anwendung des § 14 (Nothstands-Paragrafen) des österreichischen Verfassungs-gesetzes heranzustellen, wonach seitens der österreichischen Regierung bis zum Wiederzusammentritte des (eventuell aufzulösenden) Reichsrathes im Verordnungswege Verfügungen getroffen werden können, so sehe sich Ungarn dann allerdings vor die Frage gestellt, ob hinsichtlich der Behandlung der gemeinsamen Wirtschaftsangelegenheiten nach Maßgabe des 1867er Ausgleichsgesetzes nicht gewisse Änderungen des status quo plangreifen müßten. Derartige Änderungen könnten indes immer nur im Sinne und auf Grund des Ausgleichsgesetzes selbst erfolgen, welches eine Aufhebung der wirtschaftspolitischen Gemeinschaft wenn auch nicht absolut ausschließt, so doch derselben mit aller Kraft eines Staatsgrundgesetzes von vornherein hindernd entgegen-tritt. Die Einführung der Personalunion ist eine Abwärtstendenz, die hüten und drücken wohl in den Köpfen eines Häufleins von Extremen noch immer herumspricht, allein eine Durchführung derselben, als Anknüpfung der augenblicklichen Ausgleichsangelegenheiten, kann, was Ungarn betrifft, derzeit gar nicht in Kombination kommen.

Belgien.

Binnen Kurzem wird sich der belgische Major Thys in Antwerpen nach dem Kongress einfinden, um vor Eröffnung des Kongress-Gesandtschafts auf der ganzen Strecke bis zum Stanten-Wool eine detaillierte Besichtigung der gesamten Bahnanlage vorzunehmen. Man verspricht sich von dieser Betriebsprüfung einen mächtigen Aufschwung des fongotaaktischen Handelsverkehrs mit Antwerpen.

Frankreich.

Das Ende voriger Woche von den Pariser Industriellen und Handelsreisenden zu Ehren des Präsidenten der Republik veranstaltete Bankett gab Anlaß zu Nebenabhandlungen, welche für den künftigen Entwicklungsgang der französischen Handels- und Wirtschaftspolitik nicht ohne Bedeutung sind. Der Vorsitzende des Pariser Handelsgerichts, Herr Gou, dankte dem Präsidenten der Republik, daß es ihm gelungen sei, Frankreich aus der Isolirtheit zu erlösen, welche der Quell der Unsicherheit der auswärtigen Politik des Landes und der inneren Kriegen gewesen sei, die nur zu oft den geschäftlichen Unternehmungsgeist des Landes in Fesseln gehalten hätten. In seiner Antwort sprach Herr Gou die Fäden dieses Gedankens weiter, indem er betonte, die jetzt anhebende Periode, welche sich weit in das kommende Jahrhundert verlängern werde, sei eine bestimmte, die Geschichte der Nationen des alten Europa endgültig festzulegen und letzteren ihren resp. Platz in der Welt anzuweisen. Gleich seinem Vorgesetzten zeigte sich der Präsident von der festen Ueberzeugung durchdrungen, daß die jetzige politische Konstellation alle Bürgschaften der Dauerhaftigkeit in sich trage, und beide Redner folgerten daraus für das nationale Erwerbsleben Frankreichs die Nothwendigkeit, sich mit voller Kraft auf die Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte und Kräfte des Landes zu werfen, damit Frankreich seinen Platz in der Reihe der europäischen Konkurrenznationen würdig ausfülle. Die Nothe des Staates ist hierbei eine fest umschriebene. Er kann sich dem privaten Unternehmungsgeist, der individuellen Thätigkeit nicht substituiren, sondern nur alle Hindernisse möglichst aus dem Wege räumen, welche der freien Entfaltung der Privatthätigkeit im Wege stehen und zu deren Beseitigung die Kräfte und Mittel des Einzelnen nicht ausreichen. Wenn man diese Nebenabhandlungen der Form wie dem Inhalte nach zureichend interpretirt, so scheint es, als ob im Gefolge der russischen Reise des Präsidenten Gou und der bei dieser Gelegenheit erfolgten Proklamirung des russisch-französischen Allianzverhältnisses eine völlige Reorientirung des Systems der französischen Politik einberufen sei, eine Reorientirung, welche gleichbedeutend wäre mit dem tschakischen — wenn auch nicht buchstäblichen Verzicht auf Nebenschancen und mit der Konzentration der französischen Volkskraft auf die Verbesserung der kolonialen, industriellen und kommerziellen Prosperität des Landes. Die Erreichung dieses Zieles bedingt Vermehrung aller handelswirtschaftlichen internationalen Fraktionen und statt dessen die Pflege guter Beziehungen zu allen denjenigen Staaten und Völkern, welche ebenfalls ihren Frieden mit dem internationalen status quo gemacht haben und ein solidarisches Interesse an der Zurückweisung aller Veruche, eine Trübung der Weltlage herbeizuführen, nehmen.

Spanien und Portugal.

Madrid, 15. Oktober. Ein lebhafter Despeschemwechsel zwischen General Weyler und Monero Noblejo nimmt zur Zeit die öffentliche Aufmerksamkeit in Anspruch, und Gerichte, die sich im Augenblick verbreiten, lassen vermuthen, daß auch die Regierung der Sache Bedeutung beilegt. Es heißt zunächst, daß die Konservativen dem bisherigen Generalgouverneur von Kuba bei seiner Landung in Spanien einen glänzenden Empfang bereiten wollen und auch sonst große Feste zu Ehren Weylers planen. Canalejas hat mit Sagasta eine lange Unterredung darüber gehabt, und es verlautet, daß das Kabinett das Verbot der beschäftigten Festlichkeiten in Erwägung zieht. Monero Noblejo und Weyler wollen ferner die Reste der zerstückelten Konservativen um sich sammeln und den Kampf gegen das jetzige liberale Kabinett mit großer Thätigkeit führen. Der Ton, den Monero Noblejo im „Nacional“ anschlägt, wird immer erregter und nimmt gelegentlich geradezu aufrührerischen Charakter an. Daß selbst über die Handlungen der Regentin in unpassender Weise abgeurtheilt wird, ist schon früher mitgetheilt worden. — 112 Gefangene, die noch im Fort Monjuich schmachten, haben unter dem 6. Oktober an die Regierung eine Petition gerichtet, deren Wortlaut jetzt bekannt wird und der allgemeinen Unwissenheit gegen die Unterjochungsbrüder ergaht, die den Anarchistenprozeß geführt haben. Es heißt darin, daß diese jetzt noch seit 15 und mehr Monaten in Gefangenschaft befindlichen Leute, die als des Anarchismus verdächtig verhaftet wurden, niemals auch nur einem Verhör unterworfen, viel weniger in den Prozeß unmittelbar verwickelt worden sind. Ihre Behandlung ist noch viel schlimmer als die der 83 Individuen, die vor

einigen Monaten als schuldlos entlassen wurden mit der Bestimmung, den spanischen Boden zu verlassen. Da die Königin, wie bereits früher mitgetheilt worden ist, sich ganz besonders für die mit dem Anarchistenprozeß verbundenen Vorurtheile interessiert und da auch in diesem Hinsicht wieder festgestellt worden ist, daß die Angeklagten und viele der mit ihnen verhafteten Zeugen und Verdächtigten der schwersten Tortur unterworfen worden sind, ist eine genaue Untersuchung des Prozeßverfahrens angeordnet worden. Ueberhaupt hat die Regierung jetzt viel zu thun, die Schäden zu beseitigen, welche die vorige konservative Regierung durch ihre Maßregeln und Handlungen verursacht hat. So ist in einem gestrigen mehrstündigen Ministerrath auch der Streit des früheren Ministers Navarro Reverter mit dem Bischof von Mallorca behandelt worden. Vor der Hand ist in der Sache jedoch nichts zu thun, da sie dem zuständigen obersten Gerichtshof überwiesen ist.

Äthen.

Sinla, 19. Oktober. Auf britischer Seite sind bei dem gestrigen Gefechte in den Samanabergen ein Offizier und zehn Mann gefallen und 53 Mann verwundet worden. Die Verluste der Eingeborenen waren schwer.

Von der Marine.

Den seit Ende Februar d. J. in den griechisch-türkischen Gewässern stationirten geschützten Kreuzer „Kaiserin Augusta“ scheint die Marineverwaltung auf Veranlassung des Auswärtigen Amtes nun auch noch die Wintermonate über im östlichen Theile des Mittelmeeres belassen zu wollen. Das Schiff nimmt dieser Tage in Valerona einen theilweise neuen Stab nebst Besatzung an Bord, woraus geschlossen werden kann, daß der Kreuzer sobald noch nicht heimbeordert werden wird. Von der „Kaiserin Augusta“ kehren vorerst Mitte dieser Woche eine Anzahl Offiziere, Aerzte und Maschineningenieure und gegen 150 Mann auf einem von der Marineverwaltung gemieteten Dampfer nach Wilhelmshafen zurück, die mit dem Kreuzer gleichzeitig am 9. Februar d. J. die Nordsee verlassen. Der bisherige Kommandant der „Kaiserin Augusta“ Kapitän zur See Köllner und der erste Offizier Kopienleutnant Gerdes bleiben noch weiter an Bord des Kreuzers, so daß in den höheren Kommandostellen des Schiffes durch den dieser Tage erfolgten Mannschafsaustausch kein Wechsel zu verzeichnen ist. Unter normalen Verhältnissen sollte die „Kaiserin Augusta“ die Wintermonate über als Wachschiff auf der Nordsee in den Dienst sein, um zur Ausbildung von Maschinisten und Gelägern herangezogen zu werden.

Ein Mordprozeß.

Ein schweres Verbrechen beschäftigte am Montag das Schwurgericht des Berliner Landgerichts I unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Denso. Es handelte sich um jenes Familiendrama, welches sich am Nachmittage des 1. Juli in der Bernauerstraße abspielte. Aus der Unteruchungssache wurde der 44jährige Tagelöhner Louis Gustav Siegfried vorgeführt, welcher der Ermordung seiner eigenen 14jährigen Tochter Bertha beschuldigt war. Er hatte das Mädchen aus einem im vierten Stockwerke befindlichen Fenster mit Vorlag und Ueberlegung hinausgeschoben. Der Angeklagte soll früher ein tüchtiger und fleißiger Arbeiter gewesen sein. Er hat im Jahre 1873 geheiratet, ist dann von Berlin nach Frankfurt a. O. verzogen und hat dort zehn Jahre hindurch in glücklicher Ehe gelebt. Dann kehrte er nach Berlin zurück und von diesem Zeitpunkt an trat bei ihm eine Wandlung ein. Der Angeklagte ergab sich dem Trunke und in Folge dessen verlor er die Arbeitskraft. Seine Frau bemühte sich redlich, durch Mäntelarbeiten einen Nebenverdienst zu erwerben, aber sie hat bis zum Jahre 1896 nicht weniger als dreizehn Kinder geboren und hierdurch, sowie durch Krankheiten und Todesfälle — es sind ihr nach und nach acht Kinder wieder verstorben — wurde sie häufig verhindert, an dem Unterhalt für die Familie theilnehmen zu können. Es ging schnell bergab mit der Siegfrieds Familie. Der Angeklagte soll nach und nach ein äußerer roter Mensch geworden sein, und wenn er angetrunken nach Hause kam, hatten Frau und Kinder allen Grund, sich vor ihm zu fürchten. In diesem Sommer hatte der Angeklagte im Quergebäude des Hauses Bernauerstraße 97 eine im vierten Stock gelegene Wohnung inne. Die Verhältnisse waren die denkbar schlechtesten geworden. Das Siegfrieds Ehepaar besaß fünf Kinder: die 16jährige Agnes, die 14jährige Bertha, zwei Kinder im Alter von sieben und fünf Jahren und einen Säugling. Die Nachbarn hörten täglich, wie Siegfried seine Familie in der schwersten Weise bedrohte. Seine Ehefrau hatte vor ihm eine große Furcht, daß sie sich häufig bedroht zu Bett legte und auch ihre Kinder anhielt, die Kinder nicht abzulegen, um im Falle eines Ueberfalles seitens des trunkenen Vaters schneller flüchten zu können. Mit seiner hier lebenden Schwiegermutter stand Siegfried im schlechtesten Fuß, er hatte ihre Wohnung seit vier Jahren nicht betreten und hatte ebenfalls seine Familie unterdrückt, mit derselben Verkehr zu pflegen. Dies Verbot wurde wiederholt von der Ehefrau und der ältesten Tochter Agnes übertreten, der Angeklagte behauptet, daß die Letztere einen fieslichen Lebenswandel führe und dabei von der Großmutter unterstützt werde. Die zweitälteste Tochter, die vierzehnjährige Bertha hatte besonders viel von den Missethaten des Vaters zu leiden. Es war ein armes Kind, welches mit einem sogenannten „steifen Hals“ zur Welt gekommen war. Nachbarn wollten wiederholt gehört haben, daß der Angeklagte das Kind mit Verwundungen bedrohte wie: „das A. . . muß todgeschlagen werden, ich werfe sie noch zum Fenster hinaus.“ — Deinetwegen komme ich noch ins Zuchthaus! Das Kind ist von Gott gezeichnet“ u. s. w. — Der Angeklagte bestritt seine Schuld. Die Vernehmung des Angeklagten hat folgenden Verlauf: Präsi.: Angeklagter, Sie leugnen allerdings, aber sind Ihnen denn nicht in der Ginnigkeit des Gefängnisses alle Einzelheiten vor das Auge getreten, welche Sie bei der schweren That abspielten, sehen Sie nicht ein, daß Sie schwer belastet sind, und daß es besser wäre,

wenn Sie Ihr Gewissen durch ein offenes Geständnis erleichtern? — Angekl.: Nein, ich habe es doch nicht gethan, sie ist von selbst hinausgesprungen. — Präsi.: Daß Sie das Kind häufig bedroht und seines Gebrechens wegen verhöhnt haben, geben Sie doch zu? — Angekl.: Sie wurde allgemein „der Schiefkopf“ genannt, und wenn ich angetrunken war, und sie hatten mich geärgert, dann habe ich wohl häufig gesagt: Ich schiebe Euch Alle tod! Aber das redest man nur so hin, ich habe gar keinen Revolver in meinem Besitz gehabt. — Präsi.: Hat das arme Kind nicht auch zum Unterhalt der Familie beitragen müssen? — Angekl.: Ja, aber sie verdiente monatlich nur 8 Mark. — Präsi.: Mit dem Lebenswandel ihrer ältesten Tochter Agnes waren Sie wohl nicht zufrieden? — Angekl.: Nein, ich wollte auch nicht haben, daß Sie immer zur Großmutter hinliefe. — Präsi.: Am 20. Juni ist Agnes dann doch wieder zu ihrer Großmutter gegangen, weil Sie zu Hause so argen Skandal machten? — Angekl.: Jawohl, ich war darüber dann sehr ärgerlich. — Präsi.: Nun erzählen Sie mal weiter. — Angekl.: Ich hatte meiner Frau wiederholt gesagt, sie sollte doch sorgen, daß Agnes wieder zu uns zurückkehrt, aber immer vergebens. Am 29. Juni schickte ich meine Frau nebst Bertha hin, um sie zu holen; Agnes hatte sich aber geweigert und kam nicht. Am folgenden Tage schrieb ich an Agnes, daß sie zurückkommen solle, sie schrieb auch wieder, daß sie kommen werde, ich solle nur nicht böse sein. Am 1. Juli war sie noch nicht da. Ich ging des Nachmittags wieder fort und sagte zu meiner Frau, Sie steht mir dafür, daß Agnes um 6 Uhr hier ist, sonst — Präsi.: Nun? — Angekl.: Sonst schiebe ich Euch alle tod. — Präsi.: Das soll nur eine Redensart gewesen sein. Nur weiter. — Angekl.: Ich kam um sechs Uhr nach Hause, meine älteste Tochter war noch nicht da. Ich sagte zu meiner Frau, jetzt gehst Du sofort hin, um sie zu holen! — Präsi.: Warum nahmen Sie ihr denn vorher sämtliche Schlüssel ab? — Angekl.: Ich wollte nicht, daß sie mit Agnes ohne mein Wissen zurückkehrt. — Präsi.: Sie sollten ihre Frau dann zur Thür hinausgeschoben haben? — Angekl.: Nein, das glaube ich nicht. — Präsi.: Was geschah nun, als Ihre Frau fortgegangen war? — Angekl.: Ich schloß die Küchentür zu und setzte mich hin. Die beiden Kleinen waren in der Vorderstube, Bertha war mit mir in der Küche. Umweil des Fensters stand ein Tisch. Ich schickte Bertha auf den Tisch, von da auf die Fensterbank, und ehe ich es verhindern konnte, drehte sie den Miegel herum, stieß das Fenster offen und stürzte sich hinaus. Ich verjagte sie an den Boden zu stoßen, kam aber zu spät. — Präsi.: So schloßen Sie den Vorfall, die Angeklagte behauptet dagegen, daß Sie in Ihrer Wuth Ihre Drohung wahr gemacht und das arme Kind zum Fenster hinausgeschoben haben. — Angekl.: Nein, das ist nicht wahr. — Der Präsident weist darauf hin, daß die lokalen Verhältnisse in der Küche des Angeklagten derart sind, daß das Kind gar nicht im Stande gewesen sein soll, den Miegel selbst zu öffnen. Auch aus anderen Gründen hält der Vorsitzende es für wünschenswerth, daß alle Gerichtsfaktoren sich durch Augenschein von den lokalen Verhältnissen in der Wohnung des Angeklagten überzeugen. Es wird beschloßen, den Angeklagten unter ständiger Begleitung nach dem Thore zu führen, und der Gerichtshof nebst Geschworenen, Staatsanwalt, Verteidiger und einige Zeugen begeben sich ebenfalls dorthin. Die Verhandlung muß während dieser Zeit ausgesetzt werden.

Nach Rücksicht des Gerichtshofes und der Geschworenen vom Thore wird in die Vernehmung aufgenommen. — Die Frau des Angeklagten erzählt: Sie habe mit dem Angeklagten anfänglich glücklich gelebt, als sie aber nach Berlin übergesiedelt, sei bei ihm die Lust zum Arbeiten immer mehr geschwunden. Er sei öfter angetrunken nach Hause gekommen und habe dann häufig Jank und Streit begommen. Die beiden aufstrebenden, jauber gekleidete Frau erzählte in erregter Einfachheit die bösen Stunden, die sie mit dem Angeklagten durchgemacht und wie er speziell am 29. Juni durch und gedroht hat. Sie ist dann zu ihrer Mutter gegangen, aber auf einen Brief ihres Mannes hin, schließlich geduldet und voll böser Abnung wieder heimgekehrt. Sie hat zunächst einen Brief durch ihre Tochter hinausgeschickt und erst, als sie die Versicherung bekommen, daß ihr nichts passieren würde, ist sie wieder in ihre Wohnung gegangen. Sie hatte auf dem Heimwege etwas Arbeitslohn einkassirt und geglaubt, ihren Mann durch Hingabe von 3 Mark beruhigen zu können. Er war aber in gewaltiger Aufregung und erzählte, daß er einen Revolver in der Tasche habe und ein Unglück passieren würde, wenn die Agnes nicht heimkehre. Im Laufe des Schickens hat er dann plötzlich die Thür abgeschlossen und zu ihr und den Kindern gesagt: „Hier kommt Ihr nicht mehr heraus, wenn Ihr hinaus wollt, so führt Euch aus dem Fenster!“ Schließlich hat er die Frau, welche noch einmal den Versuch machen wollte, ihre Tochter Agnes von der Mutter zu holen, zur Thür hinausgeschoben und nochmals betont, daß etwas passieren würde, wenn sie ohne die Tochter zurückkehrt. Sie ging erst zu zwei Nachbarn und sagte, sie möchten doch in ihrer Abwesenheit ein wenig aufpassen, ob in ihrer Wohnung etwas passieren würde, dann eilte sie, so schnell sie konnte, zur Großmutter. Dort beschwor sie ihre Tochter Agnes, doch wieder mit nach Hause zu kommen. Das Mädchen schute es aber ab und sagte, sie gehe nicht mehr nach Hause, lieber stürze sie sich ins Wasser. Da ihre Tochter nicht zu bewegen war, mitzukommen, ging sie zunächst zur Polizei, damit ihr ein Beamter mitgegeben würde und sie Schutz bei ihrer Heimkehr fände. Inzwischen war aber schon das Schreckliche passiert, und der Angeklagte war schon festgenommen worden. Auf Befragen des Vorlesenden erklärte die Zeugin: ihr Sohn Otto habe ihr am nächsten Tage die Vorgänge in ihrer Abwesenheit erzählt. Danach hatte die Bertha nicht schnell genug Karloffien geschickt und der Vater hatte sie deshalb mit der Gasse geschlagen. Später habe der Vater einen Tisch an das Fenster gerückt und der Bertha befohlen, das offene Fenster zu schließen, als sie dann beschäftigt war, habe der Vater sie plötzlich zum Fenster hinausgeschoben. — Präsi.: Denken Sie denn nun, daß Ihr Gemann die Absicht gehabt hat, das Kind zu tödten? —

Zeugin: Mein Mann hat das Mädchen nicht... Die Beobachtungen, welche eine Anzahl Hausbesitzer in dem kritischen Augenblicke gemacht, sind für den Angeklagten erheblich belegend.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 20. Oktober. Am 18. d. M. hielt Herr Oberlehrer Dr. Köhler für Schüler einen Vortrag über die Frage: „Was ist leichter zu erlernen, das Einigungssystem Stolze-Schrey oder das System Gabelberger?“. Redner wies an zahlreichen Beispielen nach, dass insbesondere die Konstantenverhältnisse, sowie auch andere Bestimmungen im Einigungssystem unanfechtbar, zum Teil widersprüchlich sind und dass die daher das Gedächtnis des Lernenden außerordentlich beschweren.

Verlin, den 19. Oktober 1897.

Table with 2 columns: Deutsche Fonds- und Rentenbriefe. Rows include various bonds like Reich-Anl. 4%, Preuss. Anl. 4%, etc.

Stettin, 20. Oktober. Am 18. d. M. hielt Herr Oberlehrer Dr. Köhler für Schüler einen Vortrag über die Frage: „Was ist leichter zu erlernen, das Einigungssystem Stolze-Schrey oder das System Gabelberger?“. Redner wies an zahlreichen Beispielen nach, dass insbesondere die Konstantenverhältnisse, sowie auch andere Bestimmungen im Einigungssystem unanfechtbar, zum Teil widersprüchlich sind und dass die daher das Gedächtnis des Lernenden außerordentlich beschweren.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 20. Oktober. Am 18. d. M. hielt Herr Oberlehrer Dr. Köhler für Schüler einen Vortrag über die Frage: „Was ist leichter zu erlernen, das Einigungssystem Stolze-Schrey oder das System Gabelberger?“. Redner wies an zahlreichen Beispielen nach, dass insbesondere die Konstantenverhältnisse, sowie auch andere Bestimmungen im Einigungssystem unanfechtbar, zum Teil widersprüchlich sind und dass die daher das Gedächtnis des Lernenden außerordentlich beschweren.

Verlin, den 19. Oktober 1897.

Table with 2 columns: Deutsche Fonds- und Rentenbriefe. Rows include various bonds like Reich-Anl. 4%, Preuss. Anl. 4%, etc.

Gerichts-Zeitung.

Stettin, 20. Oktober. Die dritte Strafkammer des Landgerichts verurtheilte in der gestrigen Sitzung den hiesigen Forstmann aus Hagen wegen Vornahme unzulässiger Handlungen mit Kindern zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten.

Börsen-Berichte.

Getreidepreisnotierungen der Landwirtschafts-Kammer für die Provinz Pommern.

Table with 2 columns: Stettin, 20. Oktober. Rows list prices for various grains like Roggen, Weizen, Gerste, etc.

Weltmarktpreise.

Table with 2 columns: Es wurden gezahlt loco Berlin in Mark per Tonne inkl. Fracht, Zoll und Spesen in: Newyork, Liverpool, etc.

Verlin, den 19. Oktober 1897.

Table with 2 columns: Deutsche Fonds- und Rentenbriefe. Rows include various bonds like Reich-Anl. 4%, Preuss. Anl. 4%, etc.

Wien, 19. Oktober. Getreidemarkt.

Table with 2 columns: Weizen per Herbst, 11.76 B., 11.78 B., etc. Rows list prices for different types of wheat.

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 19. Oktober. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht den Text des Loga-Abkommens mit Frankreich.

Der Artikel 1 enthält die Festsetzung der künftigen Grenze, welche in der Weise vereinbart worden ist, dass von den vier streitigen Orten Viz, Pugno, Gandon und Rumbich die beiden ersten Frankreich, die beiden letzten Deutschland zufallen.

Verlin, den 19. Oktober 1897.

Table with 2 columns: Deutsche Fonds- und Rentenbriefe. Rows include various bonds like Reich-Anl. 4%, Preuss. Anl. 4%, etc.

Theater der „Sommerachtstrasse“ aufgeführt.

Welchem die kaiserliche Familie beizuhören wird Nach Schluß der Vorstellung wird der Kaiser einem Bierabend beim Intendanten v. Hülsen beizuhören.

Wiesbaden, 19. Oktober. Prinz und Prinzessin Heinrich von Preußen sind heute Vormittag 7 Uhr nach Kronberg zurückgekehrt.

Darmstadt, 19. Oktober. Das russische Kaiserpaar, der Großherzog und die Großherzogin sind heute Vormittag von Kronberg zurückgekehrt.

Leipzig, 19. Oktober. Die Sächsisch-Thüringische Gewerbeausstellung wurde heute in feierlicher Weise geschlossen, wobei zum Ausdruck gebracht wurde, dass die Garantiefondszeichner voraussichtlich gar nicht, oder nur in ganz geringem Maße herangezogen werden würden.

München, 19. Oktober. (Privat-Telegramm.) Der sozialistische Abgeordnete Grillenberger ist Nachmittags auf dem Wege von der Kammer nach seiner Wohnung vom Schläge gerührt, bewußlos, im gelähmten Zustande nach dem Krankenhaus gebracht.

Peft, 19. Oktober. Gegenüber den Ausstellungen, dass Graf Vadani mit dem Ministerpräsidenten Vanshy sich bereits über die Anwendung des Notverordnungsrechts für das Provinzial- und für das Ausgleichsgesetz geeinigt hätte, konstatirt der offizielle „Neuzet“, dass in den Kreisen der ungarischen Politiker niemals die Möglichkeit einer solchen Vereinbarung aufgetaucht sei.

Paris, 19. Oktober. Der römische Korrespondent des „Temps“ versichert, der bisherige deutsche Botschafter Freiherr v. Bülow werde nach seiner Verabschiedung vom König Humbert in Monza nach Rom zurückkehren und vom Papste empfangen werden, um diesem die Versicherung zu geben, dass die preussische Gesandtschaft beim Vatikan nicht aufgehoben werden wird.

Hier ist ein neues radikales Organ, betitelt „Aurore“ gegründet worden, an dessen Spitze Clemenceau steht.

Der Abgeordnete Basky hatte mit dem Präsidenten der Reichsanstalt in Cargin gestern eine Unterredung, in welcher die Reklamationen der Grubenarbeiter besprochen wurden.

Madrid, 19. Oktober. Zu Ehren des Königs von Siam fand gestern Abend im königlichen Schlosse ein Konzert statt.

Madrid, 19. Oktober. Wie verlautet, hat Silbia die Leitung der konservativen Partei übernommen.

Belgrad, 19. Oktober. König Alexander ist in Begleitung seines Vaters hier eingetroffen.

Für morgen sind mehrere politische Persönlichkeiten der verschiedenen Parteien zur Audienz befohlen worden.

Konstanz, 19. Oktober. (Privat-Telegramm.) Anlässlich der Verhaftung mehrerer Muselmänner durch Gendarmen fand ein blutiger Zusammenstoß statt; Muselmänner feuerten Revolvergeschosse ab, welche die Gendarmen erwiderten, und fanden beiderseits Verwundungen statt.

Wetterausichten für Mittwoch, den 20. Oktober.

Ein wenig kühler, ziemlich trübe und neblig bei schwachen westlichen Winden, keine erheblichen Niederschläge.

Wasserstand.

Am 18. Oktober. Elbe bei Naumburg + 0,48 Meter. — Elbe bei Dresden + 0,73 Meter. — Elbe bei Magdeburg + 1,57 Meter. — Elbe bei Straßfurt + 1,35 Meter. — Oder bei Ratibor + 1,74 Meter. — Oder bei Breslau + 5,12 Meter. — Oder bei Frankfurt + 0,04 Meter. — Oder bei Brahmünde + 1,69 Meter. — Warthe bei Posen + 0,66 Meter. — Am 15. Oktober: Weichsel bei Uch + 0,68 Meter.

Schwarze Seidenstoffe.

Solideste Färbung mit Garantie für gutes Tragen und Haltbarkeit. Direkter Verkauf an Privat- und Geschäftskunden zu wirklich billigen Preisen. Entwürfe von Musterzeichnungen. Muster franco auch von weißer und farbiger Seide.

Seidenstoff-Fabrik-Union.

Adolf Grieder & Co., Zürich, Kgl. Hoflieferant.

Gold- und Papiergeld.

Table with 2 columns: Dufaten per St. 9,728 Engl. Banknot. 20,316 Souverains 20,336/8 Franz. Banknot. 80,856 20 Franc-Stücke 16,176 Oester. Banknot. 170,106 Gold-Dollars 4,136/8 Russische Not. 216,406

Bank-Discont.

Table with 2 columns: Reichsbank 5. Bombard. Privatdiscont 4 1/2. Amsterdams 8 T. 2 1/2. Belg. Plätze 8 T. 2 1/2. London 8 T. 2. Paris 8 T. 2. Wien 8 T. 2. Zürich 8 T. 2.

Wachsel-Cours v. 19. Okt.

Table with 2 columns: Amsterdam 8 T. 168,506. Belg. Plätze 8 T. 167,706. London 8 T. 80,406. Paris 8 T. 20,236. Wien 8 T. 20,206. Zürich 8 T. 80,456. Schweiz. Plätze 8 T. 80,556. Italien 8 T. 76,556. Petersburg 8 T. 216,006. New York 8 T. 213,306.

Industrie-Papiere.

Table with 2 columns: Bredow. Zuckerfabr. 4% 66,506/8. Reichsbank 4% 66,506/8. Reichsbank 4% 66,506/8. Reichsbank 4% 66,506/8.

Verlin, den 19. Oktober 1897.

Table with 2 columns: Deutsche Fonds- und Rentenbriefe. Rows include various bonds like Reich-Anl. 4%, Preuss. Anl. 4%, etc.

Das Deutschthum und mit ihm der evangelische Glaube
find hier in großer Gefahr! 18 Kilometer in Umkreise
kleine Kirche! Für eine Gemeinde zerstreut unter volkreicher
katholischer Bevölkerung in einem Umkreise von 9 Ki-
lometern, wird sonntäglich in einem kleinen Schulzimmer,
das kaum für 35 Kinder ausreicht, von dem hier an-
gestellten Geistlichen Gottesdienste gehalten, während an
dem Orte sich 3 katholische Kirchen befinden! Unzöle
Raummangels muß die Gemeinde zum größten Theil
fern bleiben. Wir richten darum an alle, die diese
Worte lesen, die ebenso herzlichste und dringende Bitte:
Helfen Sie uns zum Bau einer kleinen Kirche! Haben
Sie Mitleid mit den armen Evangelischen, die nur wenig
zum Bau beitragen können. Auch die geringste Gelb-
sunder nehmen mit herzlichstem Danke entgegen die
Unterzeichnenden.

Familien-Anzeigen aus anderen Zeitungen.
Gebohren: Ein Knabe: Hermann Albrecht [Greifswald]. Ein Mädchen: Ernst Van Greifswald. Wilhelm Müller [Stettin]. Dr. Michael [Stralsund].
Verlobt: Hrl. Elisabeth Meyer mit dem Konrector Herrn Ernst Joseph Meusnier-Volskin.
Gestorben: Christine Steinte geb. Schühler [Stettin]. Moritz Sperling geb. Lebbin, 73 J. [Weitz]. Johanna Schütz, 47 J. [Stralsund]. Tischlermeister W. Ketsmann [Ostsee b. Sarnow]. Ernst Böttcher, 19 J. [Stedow Ansbach bei Dögow]. Restaurateur August Neumann, 41 J. [Stettin].

Soeben erschienen in

16. AUFLAGE:

PORT mit allen
Gummi-Artikeln

Theorie und Praxis
des Rheumatismus
von
Dr. med. K. J. Jaksch.
Vierzig notariell beglaub.
Hefte einer großen Zahl
brakt. Hefte.

Mißerfolg ausgeschlossen.
Gegen 25 Pf. Warten
frei und versendet zu 31. mehr.

Putter & Co., Riberfeld.

Verfahren patent. in folg. Staaten:
Deutschland 2. M. Pat. 2016, Österreich
Pat. 463113, Schweiz 11349, Belgien 130721,
Frankreich 23491, England 21. 21. 1. 1. 1.
Amerika 66611, Canada 23067 u. 23068.

Enorm billige Preise.

Olitta Dare, Taylor Twin Sisters. Morgen
Donnerstag: Gr. Künstler u. Specialitäten. Vorst.
Nach der Vorstellung: Großer Fest-Ball.

) Kaiser Heinrich
Theil v. Heinrich u. Heinrich's Geschichte
Tragödie in 5 Akten von Ernst von Wildenbruch.
Dienstag: **) Kaiser Heinrich**

Bellevue-Theater.

Mittwoch: } Zum 1. Male
Donstag: } in neuer Ausstattung an Dekorationen
und Kostümen: